

35/1995

Generalsekretär Peter Hintze:

PDS wie Republikaner bekämpfen

Zu der Forderung, die CDU müsse sich angesichts des Wahlergebnisses im Osten Berlins politisch stärker mit der PDS auseinandersetzen, erklärte Generalsekretär Peter Hintze in seiner Rede auf dem Bundesdelegiertentag der Frauen-Union am 5. November in Bonn:

„So einleuchtend diese Forderung klingt, so sehr müssen wir bei ihrer Verwirklichung aufpassen. SPD und PDS warten nur darauf, daß die PDS in der Öffentlichkeit als demokratischer Gesprächspartner akzeptiert wird. Für mich ist die PDS im Kreis der demokratischen Parteien jedoch nicht akzeptabel.

SPD und PDS warten nur darauf, daß der Magdeburger „Schandfleck“ weggewischt wird. Da sie das allein nicht schaffen, brauchen sie Hilfe und von uns die Bereitschaft zur Hinnahme dessen, was eben nicht in Ordnung ist: Damit sie auch in Berlin, Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern dasselbe Regierungsbündnis einrichten können wie in Sachsen-Anhalt.

Die CDU wird aber die SPD nicht aus ihrer Verantwortung für Magdeburg entlassen, und wir werden vor allem nicht zulassen, daß Radikale in Deutschland unterschiedlich bewertet und behandelt werden: Republikaner als Rechtsradikale und die PDS als Partner eines Bündnisses mit der SPD, das angeblich in Ordnung geht. Dieses Messen mit zweierlei Maß

HEUTE AKTUELL

● Israel

Bundeskanzler Helmut Kohl: Jitzhak Rabin war ein großer israelischer Patriot. Seite 3

● Bundesverfassungsgerichts-Urteil

Rupert Scholz: Wirksamer Ehreenschutz zugunsten der Soldaten kaum noch möglich. Seite 4

Generalsekretär Peter Hintze: Im höchsten Maße unverständlich. Seite 5

● Europäische Währungsunion

Hansgeorg Hauser: Schlimme europapolitische Entgleisung der SPD. Seite 6

● Bundeshaushalt 1996

Bundesfinanzminister Theo Waigel: Wir lassen uns von unserem Stabilitätstest nicht abbringen. Seite 10

● Wohnungsbau

Neuregelung der Wohneigentumsförderung. Seite 16

● KPV

Mit uns ins Jahr 2000. Kommunalkongreß in Bonn. Seite 26

● Mitgliederwerbung

209 neue CDU-Mitglieder in Bonn. Landesweite Vorbereitung in Thüringen. Seite 29

CDU – die moderne Volkspartei

Liebe Freunde!

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert eröffnet der digitale Datenaustausch weltweit neue und immer schnellere Kommunikationsmöglichkeiten. Damit wird sich auch das Kommunikationsverhalten der Menschen ändern. Die Informationsträger der Zukunft sind die Datenautobahnen und Personalcomputer. Unter dem Stichwort Multimedia werden Filme, Fernsehen, Tondokumente und Texte im Computer zu Hause vereint. Die CDU als die moderne Volkspartei in Deutschland nutzt die neuen Wege für ihre politische Arbeit. Dabei vernachlässigen wir selbstverständlich nicht die klassischen Informationswege wie Broschüren und die erfolgreichste, weil direkteste Kommunikationsmöglichkeit: das Gespräch.

Im Bereich der neuen Informationsmöglichkeiten greifen wir auf unsere Erfahrungen zurück, die wir im Laufe der zurückliegenden Zeit gemacht haben. Wir haben als erste Partei eine Multi-Media-CD-ROM herausgebracht. Wir verfügen seit zwei Jahren – als erste Partei – mit KomSys über einen eigenen Datenverbund. Wir haben das umfangreichste Programm aller Parteien im nationalen Datennetz T-Online (früher Btx). Diesen Vorsprung wollen wir weiter ausbauen. Deshalb sind wir mit einem starken Angebot in das weltweite Computernetzwerk Internet eingestiegen. Wir ergreifen die Chancen moderner Information und Kommunikation - kraftvoll und mit ausgereiften Angeboten.

In Deutschland gibt es derzeit zwei Millionen Anschlüsse an das Internet –



und die Zahl der Neuanschlüsse steigt rasant. Der Nutzerkreis ist indes viel größer. An den Universitäten arbeiten z. B. mehrere Studenten an ei-

nem Computer. Und sie kurven – wie andere Internetbesucher – auf der Datenautobahn bisweilen beliebig umher. Ab sofort können sie auch bei uns, der CDU Deutschlands, halt machen.

Für die politische Kommunikation der CDU bedeutet dies: KomSys wird als CDU-internes Datennetz weiter ausgebaut. Es wird auch weiterhin exklusive Informationen für die Verbände vor Ort enthalten.

Im T-Online und Internet werden darüber hinaus neben der Datenbank Politik auch Audio- und Video-Angebote der CDU unterbreitet. Über die nationalen und internationalen Datennetze können wir Menschen ansprechen, die wir bislang nicht oder nur unzureichend erreicht haben.

Die Kommunikations- und Informationswege ändern sich, unser Ziel bleibt dasselbe: Wir wollen die Menschen von unserer Politik überzeugen, die vor uns liegenden Wahlen gewinnen und die Politik für Deutschland und Europa auch im 21. Jahrhundert gestalten.

JC

Hans-J. The

Jitzhak Rabin war ein großer israelischer Patriot

Zur Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten, Jitzhak Rabin, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ich bin tief erschüttert über den Tod des israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin. Der feige Mord traf einen Mann, der durch großen Mut und den vollen Einsatz seiner Persönlichkeit den Frieden im Nahen Osten erreichen wollte.

Aus zahlreichen Gesprächen, die ich in den vergangenen Monaten mit Jitzhak Rabin geführt habe, weiß ich, daß

er die Gefahr für sein Leben kannte. Für ihn aber war wichtig, daß jede Chance genutzt wird, endlich Frieden für die Menschen in der von soviel Leid getroffenen Region zu schaffen.

Jitzhak Rabin war ein großer israelischer Patriot. Er hat seinem Land in hervorragender Weise in wichtigen Funktionen und Ämtern gedient. Er hat im Kampf für den Frieden sein Leben verloren. Die Deutschen trauern mit seiner Frau, mit seiner Familie, mit dem israelischen Volk und allen friedliebenden Menschen in der Welt.

Fortsetzung von Seite 1

kommt nicht in Frage. Wir müssen Rechts- und Linksradikale gleichermaßen bekämpfen.

Natürlich bin ich für klare inhaltliche Auseinandersetzungen. Natürlich müssen wir den Wählerinnen und Wählern der PDS deutlich machen, worum es geht. Aber diese inhaltliche Auseinandersetzung kann nicht heißen, daß wir der Propaganda der PDS-Führer auf den Leim gehen. Sie sind ausgekochte Profis, und nicht von ungefähr war der PDS-Vorsitzende Bisky Lehrer an der SED-Parteihochschule.

Tarnen und täuschen

Sie praktizieren auch heute, was schon immer Strategie der Kommunisten war: tarnen und täuschen – ganz nach der alten Rotkäppchen-Methode: der Wolf zieht Omas Kleider an, damit er Rotkäppchen fressen kann.

Sechs Parteilose an der Spitze der PDS-Liste – und schon tut man so, als habe man mit der Vorgänger-Partei nichts mehr zu tun, obwohl der harte Kern der Mitgliedschaft der PDS der harte Kern der alten SED ist.

Kein Wort von den immensen Diktaturschäden

Die PDS stellt sich nun hin und macht für alle Schwierigkeiten des Einigungsprozesses die Bundesregierung verantwortlich. Kein Wort dagegen von den immensen Diktaturschäden, die materiell, menschlich und moralisch von der SED angerichtet worden sind.

Für Christliche Demokraten ist ganz klar: Wir bekämpfen Radikale – die von links ebenso wie die von rechts. Wir behandeln die linksradikale PDS ebenso wie die rechtsradikalen Republikaner. Wir fordern die SPD auf, es genau so zu tun.“ ■

Wirksamer Ehrenschutz zugunsten der Soldaten kaum noch möglich

Zu den neuen „Soldaten sind Mörder“-Urteilen des Bundesverfassungsgerichts erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:

Mit seinen neuen vier Urteilen vom 10. Oktober hat das Bundesverfassungsgericht erfreulicherweise anerkannt, daß die Gleichstellung eines Soldaten mit Mördern „eine tiefe Kränkung“ der Soldaten bedeuten kann. Das Bundesverfassungsgericht hat ebenso zutreffend die Bundeswehr in ihrer Gesamtheit als beleidigungsfähig und damit als unter dem Schutz der Straftatbestände von Beleidigung und Verleumdung stehend anerkannt.

Dennoch hat das Bundesverfassungsgericht leider nicht die hieraus eigentlich gebotene Konsequenz gezogen und die mit Verfassungsbeschwerden angefochtenen strafgerichtlichen Verurteilungen bestätigt. Wenn dem jeweiligen Täter, wie vom Bundesverfassungsgericht ausgeführt, in jedem Einzelfall der Rückzug auf die Behauptung möglich bleibt, es sei ihm nicht „um die Herabwürdigung von Soldaten als Personen, sondern um die Verurteilung von Soldatentum und Kriegshandwerk gegangen, weil diese im Ernstfall mit dem Töten anderer Menschen verbunden sind“, so ist damit kaum noch ein wirksamer strafrechtlich bewehrter Ehrenschutz zugunsten der Soldaten der Bundeswehr möglich.

Die Soldaten der Bundeswehr müssen vielmehr befürchten, daß sie jetzt erst recht und vor allem mit der Begründung als „Mörder“ in der Öffentlichkeit inkriminiert werden, weil sie für das „Soldatentum“ stehen. Das „Soldatentum“ der

Bundeswehr (und ihrer Verbündeten) ist jedoch legitime und notwendige Staatsaufgabe. Mit diesen neuen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wird der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr und ihrer Soldaten, die ggf. sogar mit ihrem Leben für die Sicherheit aller anderen Staatsbürger eintreten müssen, leider – erneut – nicht hinlänglich respektiert und geschützt.

Die Richter des Ersten Senates des Bundesverfassungsgerichts müssen leider an die Vorgänge anlässlich des Großen Zapfenstreichs zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr in Bonn am 26. Oktober erin-

Volker Rühle:

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes bin ich nicht zufrieden. Die Verpflichtung zum Schutz der Ehre unserer Soldaten der Bundeswehr durch die Rechtsordnung wird zwar grundsätzlich anerkannt. Aber das Gericht hat dies nicht mit der Eindeutigkeit und der Klarheit getan, die wir uns, die sich die aktiven, aber auch die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr gewünscht hätten.

nert werden. Wenn ganze Sprechchöre hier die Bundeswehr als „Mörder“ bezeichnet haben und sich hierbei, wie auf vielen Plakaten direkt lesbar, auf die „Tucholsky“-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berufen haben, so läßt sich leicht und leider nachvollziehen, was auch nach dieser neuen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts künftig in Deutschland möglich sein wird.

Generalsekretär Peter Hintze:

Im höchsten Maße unverständlich

Generalsekretär Peter Hintze zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, nach dem auch künftig die Äußerung „Soldaten sind Mörder“ nur unter bestimmten Voraussetzungen als Beleidigung strafbar ist:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist in höchstem Maße unverständlich. Die Meinungsfreiheit darf nicht so weit gehen, daß unter ihrem Schutz Staatsbürger in Uniform

für ihren Dienst Beleidigungen ertragen müssen, wenn diese als Sammelbeleidigung ausgesprochen werden. Unsere Soldaten schützen durch die Ausübung ihres Dienstes die Grundrechte. Sie haben auch Anspruch auf einen Ehrenschutz für ihren Dienst. Wir werden umgehend prüfen, wie wir durch eine wirksame Ehrenschutzregelung Beleidigungen und schlimme Herabsetzungen von Soldaten in Zukunft ahnden können.

Pressestimmen

Soldaten sind keine Mörder

Bei aller Achtung vor dem höchsten Gericht in Deutschland – Narrenfreiheit genießen die Verfassungsrichter nicht! Wer die Bezeichnung „Mörder“ für Soldaten unter Berufung auf die Meinungsfreiheit für rechtens erklärt, gefährdet die Meinungsfreiheit selbst. In einem Rechtsstaat, der seine Soldaten schmähen läßt, wird am Ende niemand mehr zur Verteidigung bereit sein. Soldaten der Bundeswehr sind Soldaten des Friedens – nichts anderes! Wer sie als Mörder beschimpft, weiß nicht, was er redet. (Bild)

Mit dem Kopf durch die Wand

Das Bundesverfassungsgericht, jedenfalls sein Erster Senat in der Besetzung, die mit dem 13. Oktober aufgehört hat, will mit dem Kopf durch die Wand. Es ist die Wand des Rechtsgefühls einer Mehrheit im Volk,

die von der Mehrheit jenes kleinen elitären Zirkels des Verfassungsgerichts als spießig und überständig angesehen wird. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Sorge um „Karlsruhe“

Das höchste Gericht hat sich wahrlich nicht an der augenblicklichen Demoskopie zu orientieren. Distanz muß sein, vielleicht sogar ein bißchen Elfenbeinturm. Wenn jedoch Urteilsbegründungen wie eine Sammlung juristischer Spitzfindigkeiten wirken, oder wenn Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, wie zuletzt mehrmals geschehen, von diesem selbst interpretiert werden müssen, steht mehr auf dem Spiel als vorübergehende Unpäßlichkeit, vor der auch „Karlsruhe“ nicht gefeit ist. Das Bundesverfassungsgericht ist nicht nur Gericht, es ist auch Verfassungsorgan. Es wäre schlimm, sänke das durch jahrzehntelange, teilweise bahnbrechende Rechtsprechung erworbene hohe Ansehen nun auch noch so wie vieles andere, einst Hochgeachtete im Staate.

(Rheinische Post)

Schlimme europapolitische Entgleisung

Zu den Äußerungen des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder über die Europäische Währungsunion erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansgeorg Hauser:

Die verzweifelten Bemühungen der SPD, von der eigenen Perspektivlosigkeit und inneren Zerstrittenheit abzulenken, führen zu immer abenteuerlicheren Ergebnissen. Nach den erfolglosen Sozialneidkampagnen meint man nun auf dem Gebiet der Europäischen Währungsunion ein erfolgversprechendes neues Betätigungsfeld und „nationales Thema“ für die nächsten Wahlen gefunden zu haben.

Es ist absolut unverantwortlich, wie hier ein führender Politiker der SPD Inflationsängste bei der Bevölkerung schürt, um so gegen die Europäische Währungsunion Stimmung zu machen. Diese Art von „Politik“ ist ein erschütterndes Beispiel dafür, daß selbst fundamentale Fragen, wie die Währungsstabilität, mittlerweile beden-

kenlos der politischen Profilierungssucht der untereinander hoffnungslos zerstrittenen SPD-Führung geopfert werden.

Schröders Äußerungen bedeuten zugleich eine schallende Ohrfeige für die Finanzpolitiker seiner eigenen Partei. Es bestand in Fragen der Europäischen Währungsunion Übereinstimmung in den demokratischen Parteien, daß die Stabilität der Europawährung oberste Priorität habe. Die Erklärungen des Deutschen Bundestages zu den Verträgen von Maastricht, insbesondere zur strikten Einhaltung der Konvergenzkriterien, sind stets mit der SPD gemeinsam abgefaßt worden. Gerade weil das Thema Europäische Währungsunion denkbar ungeeignet ist, um daraus ein politisches Süppchen zu kochen, wird zur Zeit zusammen mit den Abgeordneten der SPD im Bundestag ein gemeinsames Dokument zu dieser wichtigen Frage erarbeitet. Diese Kollegen können nun in der Presse nachlesen, wie wenig die Parteioberen von ihrer Arbeit halten.

Untaugliche Profilierungsversuche

Zur aktuellen europapolitischen Diskussion erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Der SPD geht es bei ihren Forderungen nach Nachverhandlungen zum Vertrag von Maastricht nur vordergründig um die Stabilität der künftigen europäischen Währung. Dieses rein parteipolitische Manöver ist ein untauglicher und durchsichtiger Versuch, die immer tiefer werdenden Gräben in den Reihen der SPD zu schließen.

Der Bundestag hat im Dezember 1992 der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht mit breiter Mehrheit zugestimmt – auch mit den Stimmen der SPD. Der Bundesrat stimmte dem Vertrag sogar einstimmig zu. Der SPD dürfte der Inhalt des Vertrags schon damals bekannt gewesen sein.

Entscheidend für das Gelingen der Währungssituation ist die Stabilität der zukünftigen europäischen Währung. Die gemeinsame Währung wird so stark wie die D-Mark sein. Im Vertrag von Maas-

Spanien wird Konvergenzkriterien erfüllen

In einem Interview haben die „EVP News“ den Parteivorsitzenden der spanischen Partido Popular, José Maria Aznar, zum Thema europäische Währungsunion befragt:

Es hat eine politische Debatte darüber begonnen, welche Länder in der europäischen Währungsunion sein werden, wenn sie 1999 beginnt. Glauben Sie, daß Spanien bis dahin die Konvergenzkriterien erfüllt?

José Maria Aznar: Die Währungsunion ist mein Ziel, dem ich mich poli-

tisch besonders widmen werde. Ich bin davon überzeugt, daß Spanien alle notwendigen Anstrengungen unternehmen muß, um die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Wir haben die notwendigen Voraussetzungen und auch die notwendige Energie, um dies zu erreichen.

Die Erfüllung der Konvergenzkriterien ist eine der Prioritäten der Partido Popular, falls sie die nächsten Wahlen gewinnt und die Regierungsverantwortung übernimmt.

tricht sind hierfür alle Vorkehrungen getroffen. Die Europäische Zentralbank ist genauso unabhängig wie die Deutsche Bundesbank. Sie ist allein dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet. Dies wurde mit dem Vertrag von Maastricht völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben.

Keine Aufweichung

An der Währungsunion werden nur die Länder teilnehmen, die zuvor ihre stabilitätspolitische Reife überzeugend nachgewiesen haben. Nur wer über stabile Preise und Wechselkurse, gesunde öffentliche Finanzen und niedrige Zinsen verfügt, wird in die Stabilitätsgemeinschaft eintreten können. Eine Aufweichung dieser Kriterien, wie z. B. jüngst unverständlicherweise von den Wirtschaftsforschungsinstituten angeregt, wird es mit mir nicht geben.

Diese Kriterien werden auf Dauer gelten und sind nicht nur Eintrittsbedingung. Der Vertrag enthält bereits wirksame Verfahren, um die Wirtschaftspolitik der Teilnehmerländer auch nach dem Eintritt in die

Währungsunion auf Stabilitätsskurs zu halten. Ein Land mit unsolider Haushaltspolitik muß mit Sanktionen rechnen. Zur weiteren Stärkung der finanzpolitischen Stabilität habe ich eine zusätzliche Vereinbarung zwischen den Mitgliedsstaaten, die sich für die dritte Stufe qualifiziert haben, vorgeschlagen, um auch bei konjunkturell bedingten Haushaltsmehrbelastungen die Obergrenzen des Maastricht-Vertrags einzuhalten.

Bei den beim Europäischen Rat in Madrid Mitte Dezember anstehenden Entscheidungen über das Einführungszenario für die einheitliche Währung stehen für uns drei Prinzipien im Vordergrund: Akzeptanz in der Bevölkerung, Wettbewerbsneutralität zwischen den verschiedenen Bankengruppen und ein klarer Rechtsrahmen.

Praktische Vorschläge

Wir erwarten in Kürze einen Bericht des Europäischen Währungsinstituts mit Vorschlägen zur praktischen Ausgestaltung des Übergangsprozesses. ■

Reaktionen auf den neuen europapolitischen Kurs der SPD-Führung

SPD-Stimmen aus dem Europäischen Parlament und Kommission

Klaus Hänsch (SPD), Präsident des Europäischen Parlaments:

„Die Bundesrepublik hat einen völkerrechtlich gültigen Vertrag unterschrieben. Das darf man nicht mehr zum Wahlkampfthema machen, wenn man nach der Wahl Deutschland international vertreten will. ... Bei der Währungsunion geht es nicht um ein deutsches Opfer, sondern um deutsche Interessen.“

(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. 11. 1995)

„Auf der nationalen Welle können andere allemal besser reiten als die SPD. Es mag sein, daß europapolitische Kompetenz nicht nötig ist, um in Deutschland Wahlen zu gewinnen, aber sicher ist, daß man ohne sie das Land nicht regieren kann.“

(FAZ, 7. 11. 1995)

Monika Wulf-Mathies (SPD), Mitglied der Europäischen Kommission:

„Europa darf für keine Partei als Wahlkampfthema mißbraucht werden.“

(Stuttgarter Zeitung, 2. 11. 1995)

„Die Sozialdemokraten haben Maastricht nicht als Verräter an der D-Mark zugestimmt, sondern weil Maastricht Kernstück der europäischen Einigung und ein wichtiger Schritt zur politischen Union war und ist.“

(Deutschlandfunk, 3. 11. 1995)

Christa Randzio-Plath MdEP, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD im Europäischen Parlament:

„Die SPD muß eine europäische Partei bleiben. Die EWU ist nicht irgendeine Idee, sondern sie ist vielmehr für die Vertiefung der Integration auf dem Weg zur politischen Union.“

(Reuter, 30. 10. 1995)

Stimmen aus der deutschen Sozialdemokratie

Der stellvertretende Vorsitzende der Jungsozialisten, **Schaller**, und der bayerische Juso-Landesvorsitzende, **Unfried**, forderten die SPD-Führung auf, von einem „dumpfen D-Mark Nationalismus“ und dem „gespenstischen Versuch“ abzulassen, sich als „Wacht am Main zu profilieren“ und die europäische Integration zu gefährden. Die „unsachliche und populistische Kritik“ an der Währungsunion schaffe ein Klima, in dem demokratisch und sozialpolitische Fortschritte nur noch schwer durchzusetzen seien.

(FAZ, 3. 11. 1995)

Peter Struck (Parl. Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion) warnte davor, den Maastrichter Vertrag aus politischer Opportunität in Frage zu stellen „nach dem Motto, die Regierung war dafür, also bin ich dagegen“.

(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. 11. 1995)

Heide Simonis (SPD), Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein:

„Ich warne vor Stammtischdebatten, an deren Ende wir vor einem nationalen und einem internationalen Scherbenhaufen stehen.“

(Bonner Generalanzeiger, 1. 11. 1995)

Stimmen aus Presse und Rundfunk

„Welche nationale Mücke hat die SPD gestochen? ... Das kann katastrophale Folgen haben: die Verplombung der europäischen Integration oder die endgültige Diskreditierung der Partei.“

(Libération, Paris, 4. 11. 1995)

„Dieser Weg führt in eine gefährliche Richtung: gerade in Deutschland ist es unangebracht, Politik zu machen, indem man auf Angst setzt und die Nationaltrommel schlägt. Die SPD vergißt außerdem, daß sie den Maastrichter Vertrag stets befristete. Mit diesem Hin und Her wird die SPD zum Risikofaktor für das Zusammenwachsen Europas.“

(Der Standard, Wien, 4. 11. 1995)

„Wenn ernstliche Zweifel daran aufkommen, daß die Wirtschafts- und Währungsunion wie vereinbart am 1. Januar 1999 oder kurz darauf eingeführt wird, kann das eine Kettenreaktion negativer politischer und ökonomischer Ereignisse auslösen, die das Risiko beinhalten, daß der europäische Integrations- und Friedensprozeß zum Stillstand kommt.“

(Berlingske Tidende, Kopenhagen, 4. 11. 1995)

„Wenn die SPD-Führer nunmehr die Währungsunion auf die Tagesordnung setzen, hat das alles andere als sachliche Gründe. Gerhard Schröder gibt an, welche: Die SPD hat endlich ein 'nationales Thema' gefunden. Damit meint er ein Thema, das die Partei aus ihrer schwersten

Krise seit 1945 herausführen kann. Die Führer der SPD können sich aber verrechnet haben. Der Opportunismus ist so grob, daß es Rückschläge geben kann. Eine SPD, die die Politik renationalisieren will, ist jedenfalls eben so schwer vorstellbar wie glaubwürdig.“

(Politiken, Kopenhagen, 4. 11. 1995)

„Die SPD läuft Gefahr, Geister, die sie unbedacht rief, nicht mehr los zu werden.“

(Merten, Bayerischer Rundfunk, 2. 11. 1995)

„Die SPD ist nicht sehr glaubwürdig im Moment. Denn sie hat bisher diesen Europagedanken auch, unter bestimmten Bedingungen natürlich, sehr forciert, und man muß eigentlich im Moment in der Bevölkerung dieses eher als ein Ablenkungsmanöver oder als ein Thema auffassen, das die SPD braucht, um von anderen Dingen abzulenken.“

(Dr. Dieter Roth, Leiter der Forschungsgruppe Wahlen, Süddeutscher Rundfunk, 2. 11. 1995)

OMV tagt Anfang Dezember in Bad Honnef/Rhöndorf

Zu ihrer diesjährigen Bundesdelegiertentagung hat die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU/CSU nach Bad Honnef/Rhöndorf eingeladen.

Die Tagung findet am 1. und 2. Dezember im Hotel Bellevue statt und wird vom Bundesvorsitzenden der Vereinigung, Helmut Sauer, eröffnet.

Zu den prominenten Gästen gehören Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, Bundesfinanzminister Theo Waigel und der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Fritz Wittmann.

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Wir lassen uns von unserem Stabilitätskurs nicht abbringen

Um den richtigen Weg in die Zukunft zu finden, die Weichen für das nächste Jahrtausend zu stellen, müssen wir zusammenarbeiten: In der Regierung, im Parlament, im Bundesrat.

Dabei hat die Opposition in einer Demokratie eine wichtige und verantwortungsvolle Rolle zu übernehmen. Was die Opposition allerdings in den letzten Tagen in dieser Hinsicht geboten hat, wird dieser Aufgabe nicht annähernd gerecht. Ihnen ist offenbar inzwischen jedes Mittel zur vermeintlichen Profilierung recht, ohne Rücksicht auf die gemeinsame Verantwortung für unser Land.

Europäische Einheit

Jetzt greifen Sie über Ihre Kritik an der Währungsunion die europäische Einheit an, eine Idee, für die es seit Jahrzehnten in diesem Hause unter allen Parteien einen Konsens gab. Herr Scharping spricht von Europa als „irgendeiner Idee“.

Das ist nicht mehr die SPD der großen Europäer Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Wer die Europäische Währungsunion mit leichtfertigen Argumenten einer durchsichtigen Taktik opfert, erweist Deutschland und Europa einen schlimmen Dienst.

Er gefährdet die weitere Integration Europas, die Vollendung des Binnenmarktes und letztlich den Erhalt von Wohlstand, Arbeitsplätzen und Frieden im nächsten Jahrtausend.

Die Gestaltung eines föderalen, ökonomisch erfolgreichen und politischen stabilen und einigen Europas ist nach zwei Weltkriegen eine Jahrhundertaufgabe. Gerade für Deutschland – das nach über 40 Jahren Teilung seine Einheit wiedergewann.

Als ich in einer nichtöffentlichen Sitzung eines Bundestagsausschusses auf Fragen

Aus der Rede von Bundesfinanzminister Theo Waigel anlässlich der 2. Lesung des Bundeshaushalts 1996 im Deutschen Bundestag am 7. November

von Abgeordneten – auch der SPD – die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien unterstrichen habe, hat mir Herr Scharping vorgeworfen, ich hätte damit volkswirtschaftlichen Schaden angerichtet.

Ich habe mich für die Stabilität der Währungsunion eingesetzt. Sie hingegen zünden eine gefährliche Lunte an.

Da tönt der Ministerpräsident des Saarlandes, Maastricht sei schlampig verhandelt und man benötige im übrigen zunächst eine Harmonisierung vieler Politikbereiche in der EU.

Wo waren Sie denn, als Sie im Bundestag im Bundesrat dem Maastricht-Vertrag zugestimmt haben? In der Stellungnahme des Bundesrates zum Vertrag findet sich aber auch nicht ein Wort über Mängel bei

der Konzeption der WWU. Es hätte Ihnen doch frei gestanden, mit uns über ihre Änderungswünsche zu reden. Wo waren denn Ihre Wünsche?

Zur Harmonisierung aller möglichen Politikbereiche: Wir wollen keine Eurokratie. In einem föderalen Europa soll nur das wirklich Notwendige gemeinsam geregelt werden. Dazu gehört die Währungsunion, gehören aber nicht alle möglichen Elemente der Sozial-, Wirtschafts-, Familien- oder Lohnpolitik.

Wer das als „Vorleistung“ für eine WWU fordert, ist gegen ein föderales Europa. Zugleich verschiebt er die für die globalen Herausforderungen des nächsten Jahrtausends ökonomisch und politisch notwendige WWU auf den Sankt Nimmerleinstag.

Zu dem gleichen Ergebnis führt die irrige Meinung von Ministerpräsident Schröder, fast alle Länder der EU müßten von Beginn an bei der dritten Stufe der WWU teilnehmen. So könnten einzelne Länder die WWU verhindern. Das kann nicht sein: Nur eindeutige Aufnahmekriterien sichern den in jedem Land notwendigen Konsolidierungsdruck.

Ihr gutes Recht und Ihre nationale Pflicht ist es, sich bei der strikten Einhaltung der Maastricht-Kriterien zu Wort zu melden. Es wäre ein Zeichen, daß Sie aus den finanzpolitischen Fehlern ihrer Regierungszeit der siebziger Jahre etwas gelernt hätten.

In puncto Stabilität und Solidität werden Sie uns aber nicht überholen.

Ich erinnere mich gut an milliardenschwere Ausgabenforderungen der Opposition ohne realistische Deckung. Ich erinnere mich gut an so manche abwertende Äußerung von Ihnen über die konsequent stabilitätsorientierte Geldpolitik der Deutschen Bundesbank. Und jetzt wollen Sie uns und Europa den Weg weisen?

Wir haben in Maastricht unsere erfolgreiche Philosophie der Geldpolitik und unse-

re stabilitätsorientierte Finanzpolitik im Vertrag verankert. Damals haben Sie noch von „D-Mark-Nationalismus“ geredet. Politiker der Opposition haben uns damals zu weiteren Zugeständnissen aufgefordert.

Wenn Herr Scharping dann heute eine für ihn neue Erkenntnis hat: „stabiles Geld habe absoluten Vorrang vor jedem Zeitplan“ frage ich allen Ernstes, ob er auch nur einmal dem zugehört hat, was ich seit Jahr und Tag sage!

Stabilitätspakt für Europa

Diese Regierung steht an der vordersten Linie für noch mehr Solidität und Glaubwürdigkeit bei der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion.

Auf ihrem Parteitag will die SPD jetzt über einen europäischen „Stabilitätspakt“ beraten. Ich habe bereits im September einen ergänzenden „Stabilitätspakt für Europa“ als bindende Selbstverpflichtung der Teilnehmer an der dritten Stufe der WWU angeregt. Für diese Idee habe ich bei den europäischen Partnern Zustimmung gefunden – so auf dem informellen ECOFIN in Valencia.

Für diesen Stabilitätspakt, schlagen wir unter anderem folgende Elemente vor:

- Das Staatsdefizit darf auch in wirtschaftlich ungünstigen Perioden die 3 Prozent-Linie von Maastricht nicht mehr überschreiten.
- Ein Defizitziel von 1 Prozent in wirtschaftlichen Normallagen wird mittelfristig angestrebt.
- Länder mit hoher Ausgangverschuldung verpflichten sich, diesen Wert noch zu unterschreiten.
- Ausnahmen davon sind nur mit Zustimmung der Partner und in extremen Ausnahmefällen zulässig, beispielsweise bei Naturkatastrophen.

● Gleichzeitig unterwerfen sich die Teilnehmer einer Präzisierung und Ergänzung der Sanktionsmechanismen nach dem Maastricht-Vertrag.

● Die Teilnehmer gründen einen „Europäischen Stabilitätsrat“, auf dem über die Koordinierung der nationalen Finanzpolitik beraten und die notwendigen Beschlüsse gefaßt werden.

Der Stabilitätspakt ist ein zusätzliches Zeichen für die Märkte. Solidität und Glaubwürdigkeit der Europäischen Währungsunion werden damit noch weiter gestärkt.

Die Währungsunion wird zum Motor für Wachstum und Arbeitsplätze – auch in Deutschland. Die gemeinsame Währung wird im Konzert der Weltwährungen zusammen mit Dollar und Yen einen wichtigen Part spielen. Sie ist der Katalysator für die weitere europäische Integration und attraktiver Mittelpunkt einer größer werdenden Europäischen Union.

Steuerschätzung

Gerade beim Haushalt 1996 geht es der Opposition nicht um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern um ein Medien-spektakel.

Ein Beispiel dafür ist die von Ihnen inszenierte Vorstellung anlässlich der Anpassung des Bundeshaushalts 1996 an die Zahlen der aktuellen Steuerschätzung.

Da haben Sie den Finanzplanungsrat mißachtet, einen seit Monaten feststehenden Termin, auf dem ich – auch mit den SPD-Länderfinanzministern – wichtige Fragen der nationalen Finanzpolitik beraten habe. Sie haben mit dramatischer Geste die Gespräche im Haushaltsausschuß verlassen und versucht, hier in diesem Hause in einer Fragestunde und in einer Aktuellen Stunde ein Tribunal zu veranstalten.

Wir haben den Haushaltsausschuß mit den notwendigen Zahlen und den notwendigen

Fakten zur Finanzierung der Steuerausfälle versorgt. Wir haben zu jedem einzelnen Punkt Rede und Antwort gestanden.

Statt dessen sind Sie dann mit den Zahlen einer Übersichtstabelle ins Parlament vor die Kameras gelaufen und haben eine selbst für eine Laienspielschar ziemlich bescheidene Vorstellung gegeben.

Ich bin gespannt, wer von Ihnen alternative, gleichermaßen seriöse Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung bringt.

Die aktuelle Steuerschätzung hat für die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 1995 ein Minus von rund 26 Milliarden DM für 1995 und von rund 29 Milliarden DM für 1996 ergeben. Das ist zum Teil Folge einer deutlich verbesserten Preisstabilität und einer vorübergehenden realen Wachstumsverringering.

Daneben beruhen die Steuerausfälle auf den hohen Steuererstattungen aus dem Rezessionsjahr 1993 und aus der – positiv zu bewertenden – überraschend hohen Inanspruchnahme der steuerlichen Investitionsförderung in den neuen Ländern.

Eine Anmerkung zum Thema „Täuschen oder Verheimlichen“: Sie wissen ganz genau, im „Arbeitskreis Steuerschätzung“ sitzen vor allem die Vertreter der Länder. Ich frage Frau Simonis: Warum hat denn das Land Schleswig-Holstein nicht schon vor Monaten „Zeter und Mordio“ geschrieben?

Im übrigen: Im April schätzte die OECD und der IWF für 1996 ein reales Wachstum von 3,3 Prozent. Im Juni ging die OECD auf 2,7 Prozent, die Schätzungen anderer Institute lagen zwischen 2,7 und 2,9 Prozent, also auf der Linie der Prognose der Bundesregierung von Anfang des Jahres mit 2 3/4 Prozent. Erst Anfang September wurden die Prognosen dann zurückgenommen. Die leichte Korrektur

bei der Steuerschätzung im Mai haben wir selbstverständlich übernommen.

Das Ifo-Institut hat übrigens soeben eine Analyse vorgelegt, nach der bei den Steuereinnahmen „eher eine Reserve von 25 Milliarden DM bestehe“. Ich frage die Opposition: Soll ich jetzt bei der neuen Steuerschätzung bleiben, oder die Steuereinnahmen wieder „nach oben“ korrigieren?

Der Vorwurf der „Schönfärberei“ zieht nicht: Nachdem sich im September aufgrund der Ist-Ergebnisse bis August die Entwicklung bei den Steuereinnahmen verfestigte, haben wir gehandelt, Parlament und Öffentlichkeit informiert. Gleichzeitig haben wir die Konsequenzen für die Haushaltsführung 1995 gezogen.

Haushalt 1996

Alle Ausgaben über 1 Million DM und Verpflichtungsermächtigungen mit Fälligkeit 1996 von über 10 Millionen DM sind gesperrt und müssen vom Finanzministerium freigegeben werden. Wir werden dies insbesondere bei Maßnahmen mit einer nachweislich beschäftigungsfördernden Wirkung auch tun.

Zum Instrument der Haushaltssperre haben nun auch einige Länder gegriffen.

Unser Ziel für 1995 bleibt, die veranschlagte Nettokreditaufnahme von 49 Milliarden DM nicht signifikant zu überschreiten.

Wir lassen uns nicht von unserem Stabilitätskurs abbringen.

Vergleicht man beim Defizit des Bundeshaushalts die Soll- und die Ist-Ergebnisse zwischen 1989 und 1995, summieren sich die positiven Abweichungen auf etwa 100 Milliarden DM. In dieser Größenordnung haben wir weniger Schulden aufgenommen als geplant.

Nur im Rezessionsjahr 1993 mußten wir 28 Milliarden DM mehr aufnehmen als im Regierungsentwurf geplant.

Mit der Symmetrischen Finanzpolitik haben wir eine mittelfristige Konzeption, die von der G 7, dem IWF, der OECD und jetzt den Forschungsinstituten im Herbstgutachten mit sehr guten Noten versehen wurde. Statt zu polemisieren, empfehle ich der SPD die Lektüre der Finanzpresse.

Der Haushalt 1996, mit der Durchbrechung des Gesetzes der wachsenden Staatsausgaben, wurde in einer Veröffentlichung des Instituts der Deutschen Wirtschaft sogar mit der Überschrift „Wunder nach 42 Jahren“ versehen.

In einem Beitrag der „Woche“ vom 3. November 1995 berichtet ein Börsenexperte von einem „Schlüsselerlebnis“: „Der Markt sei sofort in die Knie gegangen, als Gerüchte aufkamen, „Theo Waigel werde Außenminister“. Der Finanzminister „sei ein Stabilitätsfaktor, der noch gebraucht wird, als Sachwalter der Mark“.

Mit diesen Tatsachen und Urteilen zur Finanz- und Haushaltspolitik und zu meiner Person kann ich sehr gut leben, trotz des Entschließungsantrages der SPD.

Wir werden diese Anerkennung unserer steuer- und finanzpolitischen Gesamtkonzeption rechtfertigen, indem wir unsere Konsolidierungsanstrengungen trotz der neuen Belastungen unbeirrt fortsetzen.

Zügige Haushaltsberatungen

Die Beratungen im Haushaltsausschuß standen unter erheblichem Zeitdruck. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die durch ihre konzentrierte, sachbezogene Beratung die Einhaltung des Zeitplans ermöglicht haben. Das Ergebnis kann sich sehen lassen:

Trotz hoher Steuerausfälle für Bund, Länder und Gemeinden kann die Nettokreditaufnahme des Bundes in der Größenordnung von 60 Milliarden DM gehalten werden. Dabei spielt die günstige Zinsent-

wicklung eine Rolle, sie ermöglicht eine Verringerung der Zinsausgaben um über 2 Milliarden DM.

Auch die intensivierten Privatisierungsanstrengungen werden einen erheblichen Beitrag leisten. Bei der Privatisierung verfolgen wir ein langfristiges und bisher erfolgreiches Konzept.

Nicht aus dem Hut gezaubert

Die im Haushalt veranschlagten Privatisierungen sind nicht „aus dem Hut gezaubert“.

Zur Lufthansprivatisierung liegt ein Gutachten vor, das mehrere Wege zur Überwindung der EU-rechtlichen Probleme aufzeigt. Wir werten dieses Gutachten jetzt aus. Es gibt keinen Zweifel: die Privatisierung kann 1996 fortgeführt werden.

Die Privatisierung der Postbank ist nicht durch den Bund, sondern durch die Entwicklung in den Postunternehmen beschleunigt worden. Die Privatisierungsmöglichkeiten werden jetzt durch einen international erfahrenen und professionellen Berater geprüft. Auch hier gibt es keinen Zweifel, die Privatisierung wird 1996 über die Bühne gehen.

Zur Privatisierung der Wohnungsunternehmen hat der Bauminister uns schon vor einigen Wochen mitgeteilt, daß von seiner Seite her gegen die Privatisierung nichts mehr einzuwenden sei. Damit war es möglich, diese seit langem anstehende Privatisierung jetzt noch im Haushalt 1996 unterzubringen.

Dieses Privatisierungsvorhaben taugt im übrigen auch nicht für eine „Angstkampagne“ bei den Mietern. Es werden Anteile an Gesellschaften, nicht die Wohnungen, verkauft. Die Mietverträge bleiben von dieser Privatisierung unberührt. Die Belegrechte sind gesichert.

Es gab keinen Flop bei Privatisierungen des

Bundes. Das wird auch so bleiben. Die Privatisierungen sind ordnungspolitisch richtig und legitim, seriös vorbereitet und werden die angesetzten Haushaltsbeiträge erbringen. Der Haushalt 1996 setzt zugleich ein deutliches Zeichen für die Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung. Die Bürger werden 1996 um rund 27 Milliarden DM netto entlastet. 20 Milliarden DM davon entfallen auf den Bundeshaushalt.

Die gegenüber dem Regierungsentwurf höheren Arbeitsmarktausgaben von über 6 Milliarden DM werden durch Einsparungen auf der Ausgabenseite des Haushalts ausgeglichen.

Die Ausgaben des Bundes bleiben 1996 im Vergleich zum Vorjahr – bereinigt um die Systemumstellung beim Kindergeld – rückläufig. Trotz der zusätzlichen Arbeitsmarktaufwendungen sinken sie gegenüber 1995 um rund 1,4 v. H.

Der Bundeshaushalt leistet damit seinen Beitrag: Deutschland wird auch 1996 die Maastricht-Kriterien zur Nettoneuverschuldung und zum Schuldenstand nicht überschreiten.

Peter Hintze: Gute Wahl

Zur Nominierung von Rita Pawelski für die Oberbürgermeisterwahl in Hannover erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die CDU Hannover hat mit ihrer Nominierung von Rita Pawelski für die Oberbürgermeisterwahl in Hannover im September nächsten Jahres eine hervorragende Wahl getroffen. Nach dem Wahlerfolg von Petra Roth in Frankfurt ist die Eroberung der Hauptstadt Niedersachsens das nächste große Ziel. Rita Pawelski hat alle Voraussetzungen, um ein modernes Hannover als Oberbürgermeisterin excellent zu führen.

CDU unterstützt die Landwirte beim Währungsausgleich

Der Agrarministerrat der Europäischen Union hat nach schwierigen Verhandlungen dem Währungsausgleich nun auch formal zugestimmt. Die Einbußen, die die deutschen Landwirte aufgrund von Währungsverschiebungen erlitten haben, können nun ausgeglichen werden.

Mit Recht fordern die deutschen Bauern einen wirksamen Ausgleich für diese Verluste. Deshalb unterstützten die CDU und die CDU-geführte Bundesregierung einen Währungsausgleich für die deutschen Landwirte. Das hat Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert bereits erreicht:

- Die Ausgleichszahlungen der EU-Agrarreform (zum Beispiel Flächenprämie, Bullen-Prämie und Mutterkuh-Prämie) bleiben von den Währungsverschiebungen unberührt. Sie werden in voller Höhe in nationaler Währung ausgezahlt.

- Die EU stellt für Preissenkungen einen Einkommensausgleich in Höhe von 410 Millionen DM – degressiv über drei Jahre verteilt – bereit.

- Die deutschen Bauern erhalten darüber hinaus als einzige neben den Luxemburgern ergänzend nationale Mittel. Bundesfinanzminister Waigel hat nationale Mittel in gleicher Höhe wie die EU-Gelder zugesagt.

Jetzt geht es um die bestmögliche Umsetzung. Die einfachste, unbürokratischste und fairste Lösung wäre eine Mehrwertsteuerregelung. Die CDU unterstützt deshalb die Forderung des landwirtschaftlichen Berufsstands, die währungsbedingten Einkommensverluste über die Mehrwertsteuer auszugleichen, nachdrücklich.

Für die Landwirte würde dies wie eine Anhebung der Preise wirken, ohne daß die Verbraucher Preisnachteile in Kauf nehmen müßten. Lediglich das Finanzamt hätte Mindereinnahmen.

Der Mehrwertsteuerausgleich kann allerdings nicht national entschieden werden.

Der Hintergrund:

- Die Aufwertung der landwirtschaftlichen Umrechnungskurse um 2,23 Prozent zum 1. Juli 1995 hat die Marktordnungspreise in Deutschland um denselben Prozentsatz sinken lassen.

- Darüber hinaus hat die Verschiebung der Grünen Kurse, der Umrechnungskurs für landwirtschaftliche Produkte, in der Europäischen Union zu Absatzeinbußen deutscher Agrarprodukte auf wichtigen Exportmärkten, wie z. B. Italien, geführt.

Brüssel muß zustimmen. Voraussetzung ist vor allem ein einstimmiges Votum des Finanzministerrates für eine Änderung der EG-Mehrwertsteuerrichtlinie. Trotz des Einsatzes von Bundesfinanzminister Waigel war dies bisher nicht zu erreichen. Wir setzen uns aber mit allem Nachdruck weiter dafür ein.

820 Millionen DM Ausgleich sind den Bauern bereits jetzt sicher. Die CDU und die CDU-geführte Bundesregierung stehen zu ihrem Wort: „Solange es in der EU keine einheitliche Währung gibt, muß die deutsche Landwirtschaft vor abrupten währungsbedingten Preissenkungen geschützt werden.“

Neuregelung der Wohneigentumsförderung

Der Bundestag hat am 27. Oktober die Einführung der steuerlichen Bauzulage vom Beginn des nächsten Jahres an beschlossen. Die Zustimmung des Bundesrates am 24. November 1995 gilt als sicher. Die Bundesregierung wird, wie in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP vorgesehen, die progressionsabhängige Förderung nach § 10 e Einkommensteuergesetz (EStG) durch eine progressionsunabhängige Zulage ersetzen.

Im Unterschied zur Steuervergünstigung ist die Zulage für die Begünstigten in ihrer Höhe kalkulierbar und schafft so finanzielle Planungssicherheit. Vor allem Familien mit Kindern und mittleren Einkommen

sowie Bauherren in den neuen Ländern werden gefördert. Zusätzlich wird ökologisches Bauen durch eine Ökocomponente und der Erwerb von Anteilen eigentumsorientierter Genossenschaften unterstützt.

Gerade den Schwellenhaushalten soll durch gezielte Förderung der Wohnungsbau ermöglicht werden. Bisher können Familien in jungen Jahren mangels hohem Einkommen selten die steuerlichen Möglichkeiten des Staates voll ausschöpfen. Es geht darum, jungen Menschen möglichst früh den Weg zu Wohneigentum zu eröffnen. Zudem führt die Neuregelung zu einer Vereinfachung, da der geltende Zustand der Förderung nur für einen Steuerexperten durchschaubar ist.

Im einzelnen sieht die Neuregelung vor:

● Grundförderung beim Wohnungsbau

Jeder Bürger erhält einmal eine Eigenheimzulage. Die Grundförderung wird wie bisher über acht Jahre gezahlt. Sie beträgt pro Jahr 5.000 DM für Neubauten (5 Prozent von höchstens 100.000 DM Baukosten inklusive Grundstück) und 2.500 DM für Altbauten (2,5 Prozent von höchstens 100.000 DM Anschaffungskosten). Dies gilt unabhängig davon, ob der Betroffene Steuern zahlt oder nicht. Die Neuregelung gilt allerdings nicht für diejenigen, die bereits die Steuervergünstigungen nach § 10 e oder § 7 b EStG in Anspruch genommen haben.

Ausbauten oder Erweiterungen werden ei-

nem Neubau gleichgesetzt. Die Neubaulage erhält auch noch, wer die Wohnung bis zum Ende des zweiten Jahres nach dem Jahr der Fertigstellung erwirbt. Altbauerwerb liegt vor, wenn die Wohnung ab dem dritten Jahr nach Fertigstellung erworben wird. Die Differenzierung zwischen Alt- und Neubauten wird beibehalten, weil im Rahmen einer aufkommensneutralen Gestaltung eine einheitliche Förderung zu einer erheblichen Absenkung der Neubauförderung gegenüber dem bisherigen Modell geführt hätte.

● Besondere Unterstützung für Familien mit Kindern

Gemäß den Koalitionsvereinbarungen wird die Bundesregierung künftig gezielt

Familien mit Kindern bei Erwerb von Wohneigentum fördern. Das Baukinder-geld wird von 1.000 DM auf 1.500 DM pro Jahr erhöht und ebenfalls acht Jahre lang gezahlt. Dies unterstreicht die beson-dere Familienfreundlichkeit der neuen Förderung.

● **Förderung ökologischer Maßnahmen**

Um einen steuerlichen Anreiz zur Redu-zierung des Energieverbrauchs zu geben und damit den CO₂-Ausstoß nachhaltig zu mindern, wird die Eigenheimzulage in fol-genden Fällen aufgestockt:

● Aufwendungen für den Einbau von So-laranlagen, Wärmepumpen und Anla-gen zur Wärmerückgewinnung im Neu-bau und Bestand

Zulage: 2 Prozent der Bemessungs-grundlage, höchstens jedoch 500 DM jährlich für die Dauer von acht Jahren

● Neubau eines Niedrigenergiehauses mit einer Einsparung des Heizwärmebe-darfs um mindestens 25 Prozent ge-genüber den Anforderungen der Wär-meschutzverordnung 1994

Zulage: 400 DM jährlich für die Dauer von acht Jahren.

Diese Förderungen werden für Maßnah-men gewährt, die vor dem 1. Januar 1999 abgeschlossen werden. Bauherren, die die Zulagen voll ausschöpfen können, erhal-ten also 7.200 DM zusätzlich.

● **Einkommensgrenzen und ihre Überprüfung**

Bei der Inanspruchnahme der Eigenheim-zulage wird die Einkommensgrenze (Ge-samtbetrag der Einkünfte) entsprechend der Höhe des geltenden § 10 e EStG in Höhe von 120.000/240.000 DM (Allein-stehende/Verheiratete) beibehalten. Das Einkommen wird einmal (im Jahr der An-tragstellung) überprüft. Hierbei werden

das Antragsjahr und das Vorjahr berück-sichtigt, um Einkommenschwankungen zu berücksichtigen. Die vorgesehene ein-malige Einkommensüberprüfung gibt dem Bauherrn oder Erwerber Planungssicher-heit für den gesamten Förderzeitraum und trägt in nicht unerheblichem Umfang zur Verwaltungsvereinfachung bei.

● **Vorkostenpauschale und Abzug von Erhaltungsauf-wendungen vor Bezug**

Nach wie vor ist der Abzug von Kosten vor Bezug der Wohnung als Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage möglich. Allerdings erfolgt eine Vereinfachung:

● Bei Einhaltung der Einkommensgren-zen Abzug einer Einmalpauschale (oh-ne Einzelnachweis) von 3.500 DM. Hiermit werden alle Vorkosten (z.B. für den Notar) abgegolten bis auf

● Abzug von Erhaltungsaufwendungen vor Bezug beim Erwerb einer Bestands-immobilie von bis zu 22.500 DM.

Der Vorkostenabzug bietet in der beson-ders kostenträchtigen Anfangsphase bei der Wohneigentumsbildung eine beson-ders wirksame Liquiditätshilfe. Für den Fall des Gebraucherwerbs stellt er einen gewissen Ausgleich für die geringere Grundförderung dar, da Reparaturkosten berücksichtigt werden.

● **Gezielte Hilfen für die Bürger in den neuen Ländern durch Bürgschaften**

Zur Ergänzung der Eigenheimzulage wird wegen der geringen Eigenkapitalquote in den neuen Bundesländern neben dem Neubau nunmehr auch der Bestandser-werb uneingeschränkt in das Bürgschafts-verfahren einbezogen und die Vorausset-zungen hierfür durch Änderung des Haus-haltsgesetzes 1996 geschaffen.

Wirkungen der neuen Bauzulage

Eine Familie mit zwei Kindern erhält künftig beim Neubau oder Kauf eines eigenen Hauses oder einer eigenen Wohnung 64.000 Mark – acht Jahre lang 5.000 DM Zulage und ebenfalls acht Jahre lang 3.000 DM für die Kinder. Insgesamt sind das bei einem zu versteuernden Einkommen von 50.000 DM 9.576 DM mehr als heute. Für den Bestandserwerb erhält die gleiche Familie eine Zulage von insgesamt 44.000 Mark und somit 11.068 Mark mehr als bisher.

Eine Familie mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 80.000 Mark erhält die gleiche Summe und somit beim Neubau 5.800 Mark und beim Bestandserwerb 9.224 Mark mehr als bisher.

Bei ökologischen Baumaßnahmen erhöht sich die Zulage um bis zu 7.200 Mark.

Hinzu kommt der neue Vorkostenabzug, das heißt:

- 3.500 DM progressionsabhängige Pauschale für Finanzierungskosten
- zusätzlich bis zu 22.500 DM für Erhaltungsaufwand vor Bezug (nur Bestand).

Die zusätzlichen Hilfen durch staatliche Bürgschaften in Höhe von 20 Prozent der Investitionssumme erleichtern die Krediterlangung und verbilligen darüber hinaus die Kreditzinsen.

Die Bürgschaftsverfahren werden so ausgestaltet, daß den Landesinstituten eine unbürokratische formularmäßige Prüfung ermöglicht wird. Dabei sollen Darlehens- und Bürgschaftsantrag derart verbunden werden, daß für eine Prüfung und Entscheidung über die Bürgschaftsübernahme

in der Regel weitere Unterlagen nicht erforderlich werden.

Auch die Umstellung der Fördersystematik auf eine einheitliche steuerliche Bauzulage begünstigt die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern besonders, da sie vor allem bei Beziehern geringerer Einkommen deutlich stärker wirkt als die bisherige steuerliche Förderung.

● Übergangsregelung mit Wahlrecht

Die Regelung gilt für Neubauten, für die der Bauantrag nach dem 31. Dezember 1995 gestellt wurde, und für Erwerbsfälle, wenn der Kaufvertrag nach dem 31. Dezember 1995 abgeschlossen worden ist. Bei früherem Eigentumserwerb gilt für den gesamten Förderzeitraum der bisherige § 10 e EStG.

Auf Antrag gilt das neue Recht aber bereits im Jahr 1995,

- wenn zwischen dem 27. Oktober 1995 und 31. Dezember 1995 der Bauantrag gestellt oder der Kaufvertrag abgeschlossen worden ist,
- in den neuen Bundesländern bei Wohnungserwerb durch den Mieter nach § 5 Altschuldenhilfegesetz; die Zulage kann rückwirkend schon zum 29. Juni 1995 erworben werden.

● Neuregelung der Bausparförderung

Das Wohnungsbau-Prämiengesetz wird in zweifacher Weise verbessert: Zum einen werden die prämienebegünstigten Höchstbeträge von derzeit 800/1.600 DM (Alleinstehende/Verheiratete) jährlich auf 1.000/2.000 DM erhöht. Die Einkommensgrenzen von derzeit 27.000/54.000 DM zu versteuerndes Einkommen werden auf 50.000/100.000 DM nahezu verdoppelt. Für diese deutliche Anhebung der Bausparförderung wird der bisherige Son-

derausgabenabzug für Bausparkassenbeiträge als Teilgegenfinanzierung abgeschafft.

● Sonderregelung für Genossenschaften

Bei der Neuregelung der Wohneigentumsförderung wird auch erstmals der Erwerb von Genossenschaftsanteilen steuerlich gefördert. Die Grundförderung beträgt drei Prozent des Geschäftsanteils, höchstens 2.400 DM für acht Jahre. Der Mindestgeschäftsanteil muß 10.000 DM betragen. Die Kinderkomponente beträgt 500 DM je Kind. Eine Familie mit zwei Kindern, die einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 20.000 DM erwirbt, erhält insgesamt eine Förderung von 12.800 DM.

Voraussetzung ist, daß Genossenschaftsmitglieder ein unkündbares Optionsrecht auf Einräumung von Wohneigentum gewährt wird. Die Satzung der Genossenschaften muß eigentumsorientiert ausgestaltet werden, das heißt, Genossenschaften, die ihren Mitgliedern nur ein Nut-

Bundesbauminister Klaus Töpfer:

Eine erheblich vereinfachte Förderung mit spürbaren Verbesserungen für Schwellenhaushalte – dies sind die wichtigsten Konsequenzen der Offensive für mehr Wohneigentum. Künftig erhalten alle Bauwilligen die gleiche Förderung und damit auch ein hohes Maß an Kalkulationssicherheit. Familien mit Kindern, eigentumsorientierte Genossenschaften und ökologisches Bauen werden gezielt gefördert.

zungsrecht an der Wohnung bieten, werden nicht gefördert. Damit stärkt die Bundesregierung den Eigentumsgedanken. Hierdurch erhalten die neuen Länder einen weiteren besonderen Förderimpuls. Im Rahmen der Privatisierung nach dem Alt-schuldenhilfegesetz profitierten die Genossenschaftsgründungen von der neuen Förderung.

Schritt in die richtige Richtung

Zu dem baden-württembergischen Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Ergänzung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes (1. VBGErgG) erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Der baden-württembergische Entwurf eines 1. VBGErgG hat eine gründliche Prüfung verdient. Die Forderung nach einer „Umkehr der Beweislast“ für vermutlich rechtswidrig erlangte Vermögensvorteile entspricht einem alten Parteitagbeschuß der Union. Aber hier gilt besonders, eine Lösung zur Abschöpfung von Verbrechensgewinnen zu finden, die vor dem Bundesver-

fassungsgericht Bestand hat. Die hierzu bislang unterbreiteten Vorschläge waren vor dem Hintergrund der im Rechtsstaat garantierten Unschuldsvermutung und der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes angreifbar.

Darüber hinaus: Es ist unrichtig, wenn die SPD bei der Vorstellung der Initiative Widerstand von CDU/CSU dagegen suggeriert. Im Ziel besteht Einigkeit: es ist notwendig, zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität Vermögen zu beschlagnahmen, bei dem sich der Verdacht der Herkunft aus Straftaten aufdrängt und vom Inhaber nicht aus dem Weg geräumt wird.

Reform der Arbeitslosenhilfe

Das Bundeskabinett hat am 5. Juli 1995 im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1996 beschlossen, die Arbeitslosenhilfe zu reformieren. Ziel der Reform sind eine stärkere Abstimmung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Unterstützung der Arbeitsaufnahme und Verbesserung der Arbeitsanreize sowie die Stärkung der Subsidiarität der bedürftigkeitsabhängigen Arbeitslosenhilfe. Nun liegen die Änderungsvorschläge in zwei Gesetzesverfahren vor:

I. Reform des Arbeitslosenhilfegesetzes

Das Bundeskabinett hat am 2. November den von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegten Gesetzesentwurf zur Reform der Arbeitslosenhilfe beschlossen.

Schon nach geltendem Recht muß der mit der Arbeitslosigkeit einhergehende Verlust beruflicher Qualifikation alle drei Jahre im Rahmen einer Neufestsetzung des für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgeblichen Arbeitsentgelts berücksichtigt werden. Dabei sind „alle Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen“ (§ 136 AFG). Diese Regelung ist nur schwer praktikabel. Der Bundesrechnungshof hatte wiederholt gerügt, daß sie kaum angewendet wurde.

Der Entwurf sieht nun vor, daß in einem **pauschalierten Verfahren das Bemessungsentgelt für die Arbeitslosenhilfe jährlich um 5 Prozent abgesenkt wird**. Der durchschnittliche Tariflohn der untersten Lohngruppe darf allerdings nicht unterschritten werden. Maßgebend für die jährliche Anpassung ist der Tag, an dem der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe ent-

standen ist. Die ebenfalls jährlich fällige Anpassung an die Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte und die jährliche Anpassung an die Entwicklung der beruflichen Leistungsfähigkeit soll gleichzeitig erfolgen. Das Bemessungsentgelt ändert sich dementsprechend nur um die Differenz.

Der Gesetzesentwurf sieht vor:

● Verstärkte Nutzung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Arbeitslosenhilfebezieher

Künftig sollen die allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung auf langzeitarbeitslose Bezieher von Arbeitslosenunterstützung konzentriert werden. Dazu wird die bisher erforderliche Dauer der vorangegangenen Arbeitslosigkeit von 6 auf 12 Monate erhöht. Durch diese Änderung der gesetzlichen Voraussetzungen werden Arbeitslosenhilfebezieher verstärkt in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einbezogen, wodurch eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation im weitesten Sinne ermöglicht wird.

Bei den Maßnahmen der produktiven Arbeitsförderung (§§ 242s, 249h Arbeitsförderungsgesetz) sollen Arbeitslosenhilfebezieher entsprechend ihres Anteils an den Beziehern von Arbeitslosenunterstützung zugewiesen werden.

● Einführung von Arbeitstrainingsmaßnahmen

In Trainingsmaßnahmen soll die Eignung von Arbeitslosenhilfebeziehern für bestimmte Arbeiten festgestellt, der Erwerb zusätzlicher Qualifikationen gefördert und Hilfestellung bei Bewerbungen geleistet werden. Während der Trainingsmaßnahmen wird die Arbeitslosenhilfe weiterge-

Mit der Reform der Arbeitslosenhilfe soll in erster Linie das Ziel erreicht werden, Arbeitslosenhilfeempfänger noch wirkungsvoller als bisher in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, ihnen Brücken aus der Arbeitslosigkeit zu bauen und sie damit vom Leistungsbezug unabhängig zu machen. Wenn dies gelingt, dann wird dadurch automatisch Geld gespart, denn jeder Leistungsempfänger, der in ein Arbeitsverhältnis eingegliedert wird, entlastet den Bundeshaushalt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Arbeitsförderungsinstrumente gezielt genutzt werden. Arbeitslosenhilfebezieher sollen stärker als bisher in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für den ersten Arbeitsmarkt fit gemacht werden, mit Betriebspraktika wird ihre Vermittlungsfähigkeit verstärkt.

All diese Maßnahmen, durch die ein Einspareffekt von 1,5 Milliarden DM erzielt werden kann, dienen nur einem Ziel: der Rückkehr des Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Durch diese Maßnahmen verlieren die Leistungsempfänger keine einzige Mark, sondern stehen sich sogar besser, weil sie eine neue feste Arbeit erhalten oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein höheres Entgelt bekommen.

Demgegenüber fallen die durch die „zeit- und situationsgerechte Einstufung“ der Arbeitslosenhilfeempfänger anfallenden Einsparungen, die so vehement kritisiert wurden, mit allenfalls 300 Millionen DM kaum ins Gewicht.

Norbert Blüm,
Presseerklärung vom 24. Oktober 1995

zahlt. Außerdem werden die Maßnahmekosten übernommen. Dieses Angebot verbessert die Chancen der Leistungsbezieher für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

● Einführung einer Arbeitnehmerhilfe

Vor allem jüngeren Arbeitslosenhilfebezieher soll eine Arbeitnehmerhilfe angeboten werden. Sie schafft Anreize zur Übernahme auch geringer bezahlter und befristeter Arbeiten. Für Saisonarbeiten kann Arbeitnehmern, die unmittelbar vorher Arbeitslosenhilfe bezogen haben, zusätzlich zum Arbeitslohn vom Arbeitsamt ein Betrag von täglich 25 DM gezahlt werden. Derzeit werden für solche Arbeiten jährlich rd. 150.000 Arbeiterlaubnisse an ausländische Arbeitnehmer erteilt – trotz hoher Arbeitslosigkeit im Inland. Über die Arbeitnehmerhilfe könnten Leistungsbezieher z.B. bei Erntearbeiten vermittelt werden.

● Begrenzung der Arbeitslosenhilfe bei möglichem Übergang in die Rente

Arbeitslosenhilfebezieher, die eine Altersrente beanspruchen können oder die Voraussetzungen für eine Altersrente in absehbarer Zeit erfüllen, sollen künftig auf die Rente verwiesen werden. Denn Arbeitslosenhilfe ist eine aus Steuermitteln des Bundes finanzierte Fürsorgeleistung. Es ist nicht einzusehen, daß jemand, der Anspruch auf eine Versichertenrente hat, statt der Versicherungsleistung weiterhin die – ihr gegenüber subsidiäre – staatliche Fürsorgeleistung beansprucht.

Zum 1. April 1996 soll das Gesetz in Kraft treten. Der Aufwand für die Arbeitslosenhilfe soll jährlich um **2,1 Milliarden DM** verringert werden.

II. Änderungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes

Das Gesetz zur Reform des Rechts der Arbeitslosenhilfe wird ergänzt durch Änderungen der Arbeitslosenhilfe im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes, nämlich durch die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe und die verstärkte Überprüfung von bei der Arbeitslosenhilfe zu berücksichtigendem Vermögen.

● Streichung der originären Arbeitslosenhilfe

Mit der Streichung der originären Arbeitslosenhilfe entfällt eine besondere Fürsorgeleistung des Staates für Arbeitslose, die bisher keinen (z.B. Richter, Beamte, Soldaten) oder allenfalls einen geringen Bezug zum Arbeitsmarkt (lediglich 150 Kalendertage einer beitragspflichtigen Beschäftigung) hatten. Diese Personen sollen künftig grundsätzlich in dem System gesichert werden, dem sie vorher angehört haben. Soweit keine besonderen Regelungen bestehen, können sie bei Bedürftigkeit die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz in Anspruch nehmen. Für Wehr- und Zivildienstleistende werden besondere Regelungen geschaffen. Die Streichung wird durch Übergangsvorschriften sozial flankiert.

● Verstärkte Erfassung von vorhandenem Vermögen

Die Bundesanstalt für Arbeit kann Angaben des Arbeitslosen und seines Ehegatten über das bei der Arbeitslosenhilfe zu berücksichtigende Kapitalvermögen gegenwärtig praktisch nicht überprüfen. Verschweigen diese Personen – obwohl sie auskunftspflichtig sind – Kapitalvermögen, können sie nur ausnahmsweise zur Verantwortung gezogen werden. Dieser Zustand begünstigt die Vortäuschung

falscher Tatsachen und die Leistungerschleichung auf Kosten der Ehrlichen. Künftig wird die Überprüfung durch die Einschaltung des Bundesamtes der Finanzen verstärkt und intensiviert. Die Vermeidung von ungerechtfertigten Zahlungen sichert die Mittel für die wirklich Bedürftigen.

Die Maßnahmen sollen am 1. Januar 1996 in Kraft treten und 1996 zu einer Verringerung des Aufwands für die Arbeitslosenhilfe in Höhe von **1,3 Milliarden DM** führen.

● Auswirkungen auf die Sozialhilfe

Die Änderungen in der Arbeitslosenhilfe werden nur zu einem geringen Teil zu zusätzlichen Belastungen der Sozialhilfe führen. Die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe kann die Sozialhilfe bis zu 400 Millionen DM und die sonstigen Änderungen allenfalls mit weiteren 200 Millionen DM belasten.

Asylbewerberzahlen im Oktober 1995

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Oktober 1995 **12.389 Personen** (Vormonat: 12.065 Personen) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat (September 1995: 12.065) um 324 Personen = 2,7 Prozent leicht gestiegen. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Oktober 1994: 10.237) hat sie um 2.152 Personen (= 21 Prozent) zugenommen.

Chance, Gräben zu überwinden für mehr Wachstum und Beschäftigung

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärte zu den Vorschlägen des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel für ein „Bündnis für Arbeit“:

Der Schlüssel für mehr Wachstum und Beschäftigung liegt in den Händen der Tarifpartner. Sie vor allem entscheiden über die Zukunft der Arbeitsplätze in Deutschland.

IG Metall und Gesamt-Metall haben in der Vergangenheit maßgeblich das Tarifgeschehen bestimmt. Die Bundesregierung sieht in dem Angebot des IGM-Vorsitzenden Zwickel und in den ersten Reaktionen von Gesamt-Metall die Chance, Gräben zu überwinden für mehr Wachstum unserer Wirtschaft und für mehr Beschäftigung. Der Härtestest dieser Chance sind die kommenden Tarifrunden.

Die Bundesregierung ist für alle Gespräche offen, die geeignet sind, Arbeitslosigkeit zu verringern und zum Aufbau von Beschäftigung beizutragen. Das

kommt gerade auch in den Gesprächen des Bundeskanzlers mit den Spitzenrepräsentanten von Wirtschaft und Gewerkschaften zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung zum Ausdruck.

Tarifpolitik der Vernunft

Die Bundesregierung leistet durch ihre Politik ihren Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Dabei ist die Begrenzung der Staatsausgaben eine wichtige Aufgabe der Zukunftssicherung. Die beschäftigungspolitischen Erfolge einer solchen Politik haben sich Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre durch kräftigen Arbeitsplatzzuwachs gezeigt.

Wenn sich damit eine Tarifpolitik der Vernunft und eine auf Innovation und Zukunftssicherung angelegte Strategie der Unternehmen treffen, dann hat der Standort Deutschland eine gute Zukunft.

Norbert Blüm: Zwickels Hand ergreifen

Der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel hat Mut und Phantasie. Bisher kenne ich vornehmlich Forderungen, was andere machen sollen. Jetzt sagt endlich einmal einer, was er einbringen will: Lohnnerhöhungen nur nach Preissteigerungsrate, niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose und Arbeitszeitkonten, die flexible Arbeitszeiten ermöglichen und das teuflische Wechselspiel zwischen Kurzarbeit und Überstunden vermeiden.

Vom Beispiel des Gewerkschaftsführers Klaus Zwickel können sich manche Arbeitgeberfunktionäre eine dicke Scheibe abschneiden. Denn auch auf Arbeitgeberseite müssen jetzt die Gutwilligen den Scharfmachern und Jammernexperten das Heft aus der Hand nehmen. Kooperation ist gefragt, nicht Konfrontation.

Gast-Kommentar in der Bild am Sonntag vom 5. November

Schweden ist auf dem Weg in eine drogenfreie Gesellschaft

Aus Schweden von einer Informationsreise zurückgekehrt, faßten die CDU/CSU-Abgeordneten Norbert Geis, Wolfgang Götzer und Roland Sauer (Stuttgart) ihre Beobachtungen und Erfahrungen in dem folgenden Bericht zusammen:

Die schwedischen Sozialdemokraten machen es ihren deutschen Genossen vor: „Wir akzeptieren keine Drogen. Wir betrachten sie nicht als unvermeidlichen Teil der Gesellschaft. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Drogen“, so der sozialdemokratische Ministerpräsident Ingvar Carlsson unlängst auf einem Anti-Drogen-Tag. Tatsächlich verfolgen die Schweden in einem großen nationalen Konsens konsequent den Kurs einer Angebots- und Nachfragereduzierung für Drogen.

In Deutschland dagegen fordert die SPD u. a. Coffie-Shops und Drogenbusse, Fixerstuben und „Hasch aus der Apotheke“ sowie ein „Recht auf Rausch“. Damit hinkt sie – wie in so vielen anderen Bereichen auch – der aktuellen Entwicklung meilenweit hinterher.

Lange Zeit galt Schweden neben den Niederlanden als das Eldorado einer drogenakzeptierenden Gesellschaft. Die ehemalige liberale schwedische Drogenpolitik, die es u. a. Ärzten erlaubte, Abhängigen Drogen in großem Umfang zu verschreiben, und die in einem Programm illegale Drogen an intravenös spritzende Abhängige vergab, scheiterte kläglich, weil sie zu einem starken Anstieg der Konsumenten-zahl und der Kriminalitätsrate führte und die Todesrate nicht senkte. Daraufhin änderten die Schweden Mitte der 80er Jahre ihre Drogenpolitik radikal.

Restriktive und repressive Elemente wurden eingeführt. Wie im deutschen Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan zählen nun Prävention, Therapie und Repression zu den tragenden Säulen der schwedischen Drogenpolitik. Ein dichtes Netz von Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeeinrichtungen wurde ebenso aufgebaut, wie die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Sozialdiensten verstärkt und die strafrechtliche Verfolgung von Drogendelikten verschärft wurde.

Dies war aber nur möglich, weil alle gesellschaftlichen Gruppen, Parteien und Organisationen hinter dieser Drogenpolitik stehen. Auch die in Schweden angewandte „staatlich angeordnete Einweisung von Drogenabhängigen in Therapieeinrichtungen“ trägt die Bevölkerung mit. Ziel dieser in Deutschland als „Zwangstherapie“ diffamierten Maßnahme ist es, die Süchtigen zur Therapie zu motivieren, statt ihre Sucht mit Substitutionsprogrammen und Abgabeprojekten zu verlängern.

Bemerkenswert ist das dortige Programm „Pfleger in Familien“. Es stellt eine wichtige Ergänzung zur institutionellen Pflege dar. Dort werden in „Familienpflegeeinheiten“, die jeweils aus fünf bis 15 Familien bestehen, Drogenabhängige betreut, um ihre gesellschaftliche Reintegration zu erleichtern.

Unsere Gesprächspartner, insbesondere der Generaldirektor des angesehenen staatlichen Instituts für Volksgesundheit, Jakob Lindberg, warnten eindringlich vor einer Verharmlosung von Cannabis-Produkten. Sie seien sehr besorgt über die Legalisierungs- und Liberalisierungsbestrebungen in den Niederlanden und in einzelnen deutschen Bundesländern. Statt

dessen führen die Schweden seit einigen Jahren eine großangelegte Informationskampagne gegen die Drogen durch. So erhalten alle Eltern ein sogenanntes *Hasch boken*, das ihnen eine intensive Präventionsarbeit mit ihren Kindern erleichtert.

Der Erfolg dieser Anti-Drogen-Aktion spricht Bände: So ist die Zahl der Erstkonsumenten stark gesunken. Bei sechzehnjährigen Jugendlichen ging der Gebrauch von Haschisch von ehemals über 20 auf unter vier Prozent zurück. Wichtig hierbei: In Schweden ist nicht nur der Besitz, sondern auch der Eigenverbrauch generell strafbar. Es gibt auch keine Unterschiede zwischen „weichen“ und „harten“ Drogen, da dadurch einer verantwortungslosen Verharmlosung von Cannabis-Produkten das Wort geredet werden würde.

Aufgrund ihrer negativen Erfahrungen in den 60er Jahren lehnen die Schweden eine Heroinabgabe an Schwerstabhängige entschieden ab. Für diese Gruppe von Süchtigen

kommt lediglich eine restriktiv angelegte Methadon-Vergabe unter strenger ärztlicher Kontrolle und klar festgelegten Indikationen in Frage.

Fazit: Die schwedischen Drogenexperten bestärken uns darin, an der abstinenzorientierten Drogenpolitik in Deutschland festzuhalten. Sie warnen eindringlich davor, nicht die Fehler zu wiederholen, die ihr Land in den vergangenen Jahrzehnten durch eine allzu liberale Drogenpolitik gemacht hat.

Reichen die Gesetze aus?

Die Abgeordneten Geis, Götzer und Sauer haben das Bundesgesundheitsministerium beauftragt, zu überprüfen, ob die bestehenden Gesetze der Länder schon jetzt dafür ausreichen, daß die Drogenabhängigen, die sich selbst oder andere Menschen akut gefährden, nach richterlichem Beschluß zu einer Motivationsbehandlung bzw. zu einer Therapie verpflichtet werden können.

Vision grüner Drogenpolitik wird sich nicht erfüllen

Der drogenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roland Sauer (Stuttgart), hat den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt:

Grüne Drogenpolitik erinnert immer mehr an den Forderungskatalog eines Großdealers: „Fixerstuben“ in ganz Deutschland, Entkriminalisierung von Ecstasy, umfangreiche Heroinabgabeprogramme, weitreichende Substitutionsprogramme.

Ziel des grünen Gesetzentwurfes zur „Humanisierung der Drogenpolitik“ ist somit weniger die propagierte „Rechtssicherheit für Gesundheitsräu-

me“, sondern ganz offensichtlich die berauschte Republik. Wie anders sind sonst die Ausführungen eines grünen Stadtverordneten aus der deutschen Heroinhochburg Frankfurt zu erklären, der doch tatsächlich die „Entkriminalisierung“ von Ecstasy forderte, da man andernfalls eine „positive Entwicklung“ der „Kids“ verhindere. Niveauanstieg durch Dauerrausch?

Klar ist: Der grüne Gesetzentwurf wird keine Mehrheit finden; es wird keine bundesweite Einführung von „Gesundheitsräumen“ geben, noch wird den Grünen weiter erlaubt werden, auf ihrer Mohn- und Hanfwiese herumzutollen und cannab inoltrunkene Gedanken zur Drogenpolitik in die Welt zu setzen.

Mit uns ins Jahr 2000!

Leistungsstarke Kommunen braucht das Land!

Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, seit 1973 Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, wurde am 27. Oktober auf dem Kommunalkongreß der KPV mit überwältigendem 97,5 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Waffenschmidt vor den Delegierten: Unser Kommunalkongreß findet statt zu einem Zeitpunkt bedeutsamer Herausforderungen für die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland:

1. Die Gemeindefinanzreform mit der unmittelbaren Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer muß noch 1995 von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Städte, Gemeinden und Kreise brauchen Planungssicherheit und bessere Finanzausstattung angesichts der Fülle ihrer Aufgaben. Unmittelbare Beteiligung an der Umsatzsteuer statt Gewerbesteuer hat für Städte und Gemeinden mehrere Vorteile: Einnahmen sind besser voraussehbar und nehmen kontinuierlich zu, die Kommunen werden künftig an drei großen Steuern unmittelbar beteiligt: Lohn- und Einkommenssteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer.

2. Unsere große Aufgabe bleibt die Solidarität mit den Kommunen in den neuen Ländern. Jede Mark Investition in die Zukunft der neuen Länder und ihre Kommunen ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft in Deutschland.

3. Es ist Zeit für eine erneute Offensive für eine finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen. Das Ziel dieser Aktivitäten muß u. a. sein:

- Mehr eigenverantwortlich einsetzbare Finanzmittel statt Zweckdotationen.
- Mehr direkte Beteiligung an Steuerentnahmen statt Zuschußwesen.
- Mehr Privatisierung, wo dies möglich ist, insbesondere in Versorgungs- und Versorgungsbereichen, um die öffentliche Verwaltung zu entlasten.
- Der Gebietsreform muß überall die Zuständigkeitsreform folgen, d. h. Zuständigkeit mit Finanzverantwortung so bürgernah wie möglich.

Horst Waffenschmidt mit überwältigendem Ergebnis erneut zum Bundesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung gewählt

4. Mehr Investitionszuschüsse, weniger Antrags- und Bewilligungsverfahren. Die Bundesregierung hat in diesem Bereich ein Beispiel gesetzt. Sie hat für die Kommunen in den neuen Ländern zweimal kommunale Investitionszuschüsse bereitgestellt, zusammen in der Höhe von 6,5 Milliarden DM. Sie waren nachweislich ein großer Erfolg. Investitionszuschüsse stärken die Eigenverantwortung der Kommunen.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Jetzt neu auf dem Markt und abrufbar: das Halbjahresprogramm 1/96 des Bildungszentrums Schloß Eichholz.

Es enthält Hinweise auf zahlreiche Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen.

Beispiel:

Tagungen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

Themen/Termine:

● Zeugen unseres Jahrhunderts voller Umbrüche – Tagungsreihe

Teil 2: Hans Sahl
25.2.–28. 2. 1996 (VA Nr. 041)

● Wer rastet, der rostet ... – „Humane“ Konzepte für den Ausstieg aus

dem Erwerbsleben

19.5.–22. 5. 1996 (VA Nr. 107)

● Wohin entwickelt sich die Europäische Union? – Ein Blick hinter die Kulissen der Bonner Europapolitik
29.5.–31. 5. 1996 (VA Nr. 109)

● Zeugen unseres Jahrhunderts voller Umbrüche – Tagungsreihe
Teil 3: Thomas Mann
30.6.–3. 7. 1996 (VA Nr. 142)

Weitere Informationen/Anmeldungen/Bestellungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax-Nr.: 0 22 36/7 07-2 30

munen, ermöglichen die Investitionsentscheidung nach der jeweiligen Dringlichkeit vor Ort und verhindern „Verführungen“ zum Geld-Ausgeben durch Zuschußprogramme.

Waffenschmidt: Die Union ist die stärkste Kommunalpartei in Deutschland. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger haben Kandidaten der Union viel Vertrauen geschenkt. Dieses Vertrauen der Wählerinnen und Wähler beschreibt unsere Verantwortung: Mit uns ins Jahr 2000! Leistungsstarke Kommunen braucht das Land!

Bundesfinanzminister Theo Waigel hielt das Hauptreferat auf dem Kongreß zum Thema „Finanzpolitik für die Kommunen“. Waigel bekannte sich nachdrücklich zu einer starken kommunalen Selbstverwaltung. „Wir brauchen leistungsstarke Kommunen, die auch in Zukunft über eine gesicherte Finanzausstattung verfügen.“ Waigel erläuterte unter dem Beifall der Delegierten seine Vorstellungen von einer

zukunftsweisenden Gemeindefinanzreform und gab sich zuversichtlich, daß diese gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Bundesländern in Kürze beschlossen werden würde.

Waigel: „Wir müssen die Zukunft gemeinsam gestalten. Bund, Länder und Kommunen sind gleichermaßen in der Pflicht, Verantwortung für die Zukunft Deutschlands zu übernehmen. Heimat jedoch erfährt der Mensch zuerst dort, wo er lebt, in den Gemeinden, Dörfern und Kreisen. Die Kommunalpolitiker von CDU und CSU haben die Aufgabe, diese Heimat zum Nutzen der Menschen zu gestalten. Der Bund wird sie dabei im Rahmen des möglichen unterstützen.“

Die über 350 Delegierten des Kommunalkongresses diskutierten darüber hinaus eine Fülle von kommunalpolitischen Einzelthemen und verabschiedeten Anträge zur Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Europapolitik. ■

Der Zukunft wegen: anders leben

Unter dieses Motto hat die Frauen-Union ihren Bundesdelegiertentag am 4./5. November 1995 in Bonn gestellt und einen Leitantrag vorgelegt und beschlossen: Der Umwelt verpflichtet: Wege zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

Mit Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie, der wenige Tage zuvor die Umweltstudie „Zukunftsfähiges Deutschland“ der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, wurde die Tagung thematisch eröffnet. Für nicht zukunftsfähig halten die Auftraggeber dieser Studie, das katholische Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) unser derzeiti-

ges Wirtschafts- und Wohlstandsmodell. Die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Angela Merkel, führte in den Leitantrag ein. Unter Beteiligung von Rita Süsmuth, Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Generalsekretär Peter Hintze, Norbert Blüm in Vertretung des erkrankten Bundeskanzlers Helmut Kohl und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte, wurde das Thema von den Delegierten zwei Tage engagiert erarbeitet und die Forderungen verabschiedet. Die Bundesvorsitzende wurde mit überwältigender Mehrheit in ihr Amt wiedergewählt.

Lesen Sie den ausführlichen Bericht im nächsten UjD.

Kein mehrfaches Abkassieren der Bankgebühren mehr

Zu Beratungen im Umwelt- und Verbraucherausschuß, ab 1997 den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr per Richtlinie zu regeln, erklärte der verbraucherpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Karl-Heinz Florenz, der den Niederrhein im Europäischen Parlament vertritt:

Die CDU macht sich für die Interessen der Verbraucher stark. Aufgrund unserer Initiative berät der Umwelt- und Verbraucherausschuß die Richtlinie über grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr.

Bei Auslandsüberweisungen gibt es kein mehrfaches Abkassieren der Bankgebühren mehr. Kommt das Geld nicht beim Empfänger an, kann der Kunde sich nun unmittelbar an die Bank halten, denn sie

haftet grundsätzlich für den Verlust. Ab 1997 soll nur die Bank, bei der Geld eingezahlt wird, Gebühren erheben. Spätestens am sechsten Arbeitstag nach der überwiesenen Einzahlung muß das Geld dem Empfängerkonto gutgeschrieben sein. Kommt das Geld bei einer Transaktion, an der oft mehrere Banken beteiligt sind, abhanden, muß die Bank, bei der eingezahlt wurde, bis zu 10.000 ECU haften und die Nachforschungen betreiben.

Die Gebührenregelung und die Haftungsregeln gelten vorerst nur für Beträge bis 25.000 ECU. Der Verbraucher wird so vor unberechtigten und überhöhten Gebühren geschützt und kann der Bank als gleichwertiger Partner entgegen treten.

209 neue CDU-Mitglieder in Bonn

Fast 20 Neueintritte im Monat konnte der Bonner CDU-Kreisverband seit den Wahlen im Oktober letzten Jahres verzeichnen. Dazu der Kreisvorsitzende Stephan Eisel: „Seit dem 16. Oktober 1994 haben wir 209 Neumitglieder in die Bonner CDU aufnehmen können. Das ist angesichts des Verlustes der Mehrheit im Rat bei der Kommunalwahl ein deutliches Zeichen, das zuversichtlich stimmt. Dabei ist ganz besonders erfreulich, daß fast $\frac{2}{3}$ der neuen Mitglieder jünger als 40 Jahre sind. Aus persönlichen oder politischen Gründen sind in dieser Zeit nur drei bis vier Mitglieder pro Monat ausgetreten. Damit beträgt die Mitgliederzahl zur Zeit 5.400. Der Bonner CDU-Kreisverband gehört nach wie vor zu den zehn größten Kreisverbänden in ganz Deutschland. Dieser Zuspruch ist für unsere Arbeit eine große Ermutigung.“

Thüringen: Landesweite Mitgliederwerbe-Aktion in Vorbereitung

Der Landesvorstand der CDU Thüringen hat im September einen Beschluß zu einer landesweiten Mitgliederwerbeaktion im Mai 1996 verabschiedet. Der erste Schritt zur Umsetzung des Beschlusses war die Berufung eines Beauftragten, der Einsatz einer Arbeitsgruppe, die alle Maßnahmen zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Aktion koordiniert, sowie die Bereitstellung eines Etats. Der nächste wichtige Punkt war die Information aller Kreisvorsitzenden. Dies geschah im Rahmen einer Beratung. Dort erläuterte ihnen der Beauftragte des Landesvorstandes die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung der Mitgliederwerbeaktion.

Der Landesverband rief jetzt alle Kreisverbände zur Umsetzung nachfolgender Maßnahmen auf:

- Beratung des Landesvorstandsbeschlusses auf Kreisvorstandssitzungen.
- Benennung eines Verantwortlichen für die Durchführung der Mitgliederwerbeaktion auf Kreisverbandsebene.
- Durchführung von Ortsvorsitzendenkonferenzen auf Kreisverbandsebene. An diesen Konferenzen will der

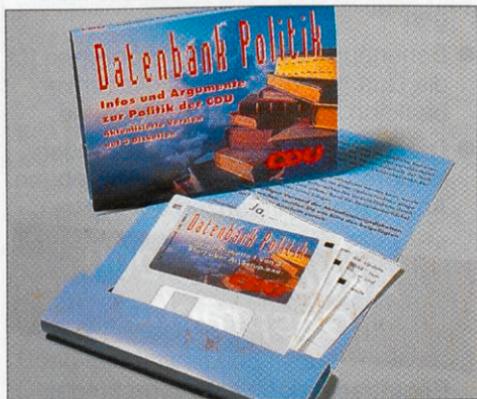
Aktion 100.000 Gespräche

Beauftragte des Landesvorstandes oder der Landesgeschäftsführer teilnehmen.

- Adressensammlung der Zielgruppe (bis März 1996)
- Benennung von CDU-Beauftragten (Kontakter) bis Dezember 1995
- Schulung aller CDU-Beauftragten durch einen professionellen Referenten der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Hierzu werden jeweils die Beauftragten von 4 bis 5 Kreisverbänden zu einem Schulungstermin eingeladen. Die Schulungen finden vor Ort statt und werden im März und April 1996 durchgeführt.
- Durchführung der Werbegespräche (4. Mai bis 1. Juni 1996)
- Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen als flankierende Maßnahme zur Mitgliederwerbeaktion.

Weitere Informationen zur Mitgliederwerbeaktion erhalten die Kreisgeschäftsführer auf einer Dienstberatung Anfang Dezember. ■

CDU-Software



● Neu! Datenbank Politik jetzt mit Update-Funktion

Datenbank Politik ist ein Informationsprogramm, mit Hilfe dessen Sie schnell die Positionen der CDU zu den verschiedenen Feldern der Politik angezeigt bekommen. Anhand einer bequemen Bedieneroberfläche sowie dem Hypertext-Verfahren können Sie per Maus-Klick die gewünschten Themen aufrufen, ausdrucken oder bei Bedarf auch in der Textverarbeitung weiterbearbeiten.

Zusätzlich wurde die neue Version unserer Datenbank jetzt mit einer Update-Funktion ausgestattet, mit Hilfe derer Sie das Programm regelmäßig auf den neuesten Stand setzen können. Zu diesem Zweck liegt jedem Programm ein Coupon bei, mit dem Sie die Aktualisierungsdisketten bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle abonnieren können.

Bestell-Nr.: **9903**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 9,80 DM

● CDU-Signets auf Diskette

Diese Diskette enthält die wichtigsten Signets der CDU sowie die verschiedener Vereinigungen in komprimierter Form.

Fertig entpackt erhalten Sie so eine breite Auswahl der Signets in verschiedenen grafischen Formaten.

Mit Hilfe dieser Diskette sind Sie in der Lage, Flugblätter, Anzeigen oder kleinere Layout-Projekte direkt am Bildschirm ohne zusätzlichen Klebeumbruch durch-

JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS

**Senioren
Union** 

CDU

FU FRAUEN
UNION
DER CDU

zuführen. Sie nehmen z. B. einen Text aus der Datenbank Politik, formatieren diesen zweispaltig, versehen ihn mit einer dicken Überschrift, runden die Seite durch ein entsprechendes CDU-Logo von dieser Diskette ab und erhalten so ein aktuelles Flugblatt.

Bestell-Nr.: **9089**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 5,— DM



● **Kennste Deutschland?**
(Das Computerspiel der CDU)

Kennste Deutschland ist ein lehrreiches und interessantes Spiel für alle über 14 Jahre. In diesem Spiel unternehmen bis zu vier Spieler gleichzeitig eine Informationsreise durch die 16 Bundesländer, während der sie viele Wissensfragen über Deutschland beantworten müssen, um sich das notwendige Reisegeld zu verdienen. Zusätzlich eingebaute Spielelemente gestalten dieses Programm abwechslungsreich und interessant.

Systemvoraussetzungen:
MS-DOS 4.0, VGA-Grafikkarte
Bestell-Nr.: **9849**
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25,— DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*



● **Diskette „50 Jahre CDU“**

Diese Diskette beinhaltet den Text der „Broschüre 50 Jahre CDU“. Aufgeteilt in sechs verschiedene politische Kapitel, informiert diese Diskette mit vielen Texten und Grafiken über die geistigen Wurzeln, die Errungenschaften sowie die Persönlichkeiten, die die CDU auf ihrem politischen Weg von 1945 – 1995 begleitet haben.

Systemvoraussetzungen:
386er Prozessor
Windows 3.1
Bestell-Nr.: **9091**
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 13,50 DM

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax: 0 54 23/4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,— DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von DM 5,— erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Immer noch zu einem extrem niedrigen Preis



● Multimedia-CD-ROM „50 Jahre CDU“

Systemvoraussetzungen: Multimediafähiger PC, 486er Prozessor, 8 MB Arbeitsspeicher, MS-DOS 6.0, Windows 3.1, VGA-Grafikkarte, Soundkarte, Double-Speed CD-ROM-Laufwerk

Bestell-Nr.: **9058**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 20,- DM

Bestellung an:

ISS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Vermold

Fax: (0 54 23) 41 52 1

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*.

*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.

UID

35/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.